



Український Рух Пацифістів

Ukrainian Pacifist Movement

**Verletzungen des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine:  
vom 24. Februar 2022 bis November 2023**

**Ein Bericht der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung<sup>1</sup>**

**INHALT**

Überblick über die allgemeine Lage in der Ukraine	2
Verfolgung von Vitaliy Alekseienco wegen Kriegsdienstverweigerung	8
Fehlen eines Verfahrens zur Entlassung aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen im Fall von Andrii Vyshnevetsky	9
Verfolgung von Yuriy Sheliashenko wegen des Eintretens für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und die Verteidigung der Rechte von Verweigerern	10
Empfehlungen	12



## Überblick über die allgemeine Lage in der Ukraine

Seit der Einführung des Alternativdienstes in der Ukraine, 1991, war er kaum zugänglich und begrenzt auf eine Minderheit religiöser Verweigerer. Nationale Sicherheit und das Verteidigungsestablishment sind tief verwurzelt und versuchen Wirtschaft, Bildung, Politik und Medien zu bestimmen. Sie haben enorme Anstrengungen unternommen, Leute, die die Rekrutierung umgehen, bloßzustellen. Die teure, informelle Korruptionspraxis ist nur für reiche und privilegierte Leute zugänglich. Sie begrenzen und verhindern die Einführung jeglicher legaler Ausnahmen vom Militärdienst. Insbesondere bestehen sie auf der Ablehnung jedes Gedankens auf das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Die Abwesenheit von klaren rechtlichen Garantien für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Zeit des nationalen Ausnahmezustandes, wenn dieses Recht besonders kostbar ist und besonders geschützt werden muss, ist ein Resultat des kompromisslosen Drucks der Totalität der militärischen Pflicht.

Nach Beginn des russischen Angriffs gegen die Ukraine, 2014, und der darauffolgenden Teilmobilmachung wurden einige Kriegsdienstverweigerer strafrechtlich verfolgt, weil sie auf ihren Zugang zum Alternativdienst bestanden. Fälle von Freisprüchen durch Gerichte in dieser Zeit sind bekannt. In der Folge unterbreiteten ukrainische Diplomaten dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) die Idee einer Gesetzesänderung.<sup>2</sup> Allerdings wurde dieser Gesetzestext niemals von der Regierung unterstützt, er kam nie in die Parlamentarische Beratung und wurde 2019 wieder zurückgezogen.

Die umfassende russische Invasion 2022 und die starke bedingungslose Unterstützung der ukrainischen Verteidigung durch den Westen einerseits und andererseits der Mangel aller Art von Ressourcen, besonders menschlicher, um das hochgesteckte Ziel eines Sieges über Russland zu erreichen, sowie die zunehmende Zahl von Militärdienstentziehern, brachten das Militär zur Verzweiflung. So stieg die Bereitschaft, Leute mit allen möglichen Mitteln zum Militärdienst zu zwingen, einschließlich radikaler Begrenzung bzw. Verweigerung der Menschenrechte. Die Rekrutierer des Militärs veranlassen aktiv die Strafverfolgung der Wenigen, die allen Arten von Druck widerstehen. Das geht von ausgeklügelten psychischen bis hin zu brutalen physischen Methoden gegen jene, die auf ihrer Weigerung bestehen, trotz aller Versprechen, Drohungen und Appelle des Patriotismus. Das führte zu vermehrter Diskriminierung der Kriegsdienstverweigerung. Die Armee besteht auf der Eröffnung von Strafverfahren und darauffolgenden Verurteilungen von Kriegsdienstverweigerern; und leitende Offiziere bezeugen vor Gericht, dass die Militärdienstpflicht in der Zeit der Mobilmachung nicht durch einen Alternativdienst ersetzt werden kann. Das führt erwartungsgemäß zu Verurteilungen und ist nachvollziehbar angesichts des nahezu umfassenden Glaubens an die Armee (auch wenn man die Verlässlichkeit von Meinungsumfragen nicht zu hoch ansetzen sollte) und eine Anerkennung ihrer führenden Rolle im Land unter Kriegsrecht.

Die Stigmatisierung und Kriminalisierung der Kriegsdienstverweigerer in der Ukraine ist auch erwähnt in einem Bericht von Felip Daza, als eine Herausforderung des zivilen Schutzes und gewaltfreien Widerstands gegenüber der russischen Aggression.<sup>3</sup>

Die Praxis der Nichtanerkennung der Kriegsdienstverweigerung in den Rekrutierungsbüros des Militärs wird erklärt durch einen Brief des Verteidigungsministeriums der Ukraine vom 21. August 2022: „Aufgrund des Kriegsrechts seit dem 24.02.2022 wird der zeitlich befristete Militärdienst nicht mehr durchgeführt. Deshalb ist die Durchführung des Alternativdienstes nicht mehr möglich.“<sup>4</sup>

Aber sogar die ukrainische nationale Menschenrechtsinstitution erkennt die Rechtswidrigkeit dieser Praxis. So schreibt der Kommissar für Menschenrechte der Verkhovna Rada der Ukraine, Dmytro Lubinets, an den geschäftsführenden Sekretär der Bürgerorganisation „Ukrainische Pazifistische Bewegung“, Yurii Sheliazhenko, Nr. 241.8/III/160.7/23/23/55 vom 03.03.2023: „Das Recht des Staates, seinen Bürgern den Militär-

dienst aufzuerlegen, ist nicht absolut. Es ist begrenzt durch das Recht jeder Person den Militärdienst zu verweigern, insbesondere aus Gründen der Religion. Die Grundlage dafür sind internationale Verträge, die durch Zustimmung der Verkhovna Rada der Ukraine bindende rechtliche Kraft haben. Das trifft zu insbesondere auf Artikel 9 der Europäischen Menschenrechtskonvention (des Weiteren als Konvention bezeichnet), wie auch auf Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Gleichzeitig ist das Recht, den Militärdienst gegründet auf religiöse Überzeugung zu verweigern absolut. Deshalb darf der Staat die Freiheit der Religionsausübung nicht durch einen obligatorischen Militärdienst einschränken. Obwohl das Verfahren zur Zuweisung zum Alternativen (nicht-militärischen) Dienst durch die Bestimmungen des Gesetzes der Ukraine ‚Über den Alternativen (nicht-militärischen) Dienst‘ geregelt wird, das keine Rechtsnormen bezüglich der Einberufung von Bürgern der Ukraine zum Militärdienst während einer Mobilisierung im Ausnahmezustand enthält - haben die Verfassung der Ukraine und internationale Verträge eine höhere Rechtskraft (Vorrang vor anderen nationalen Rechtsakten). Daher ist das Recht einer Person auf den Alternativdienst (d.h. Befreiung vom Militärdienst bei der Einberufung) absolut und darf nicht aufgrund des Fehlens (der fehlenden Regelung durch die Gesetze der Ukraine) eines Verfahrens zum Ersatz des Militärdienstes während des Kriegsrechts eingeschränkt werden.“<sup>5</sup>

Die Militärdienstpflicht in der Ukraine unter Kriegsrecht und militärischer Mobilisierung umfasst alle Männer im Alter von 18 bis 60, die militärische Registrierung ab 16 und die von Frauen mit Berufen in der Medizin und der Pharmazie. Die militärische Registrierung beinhaltet eine medizinische Überprüfung der Gesundheit für den Dienst und sieht keine Zurückstellungsgründe vor. Besonders wenn aufgrund von Verlusten an der Front Personal benötigt wird, kann jeder tauglich Gemusterte unverzüglich einberufen werden. In einer Anzahl von Fällen haben Militärmediziner skandalöserweise Behinderte und schwerkranke Leute für tauglich erklärt. Deshalb fürchten sich viele Leute vor der militärischen Registrierung und erscheinen selbst dann nicht, wenn sie einen entsprechenden Befehl (Einberufungsaufforderung) bekommen und das eine nicht unbedeutende Geldstrafe zur Folge hat. Um die Leute zur militärischen Registrierung zu nötigen, sind in vielen Sphären des Zivillebens Vorschriften erlassen worden, den Militärausweis vorzulegen. So wird er gewöhnlich verlangt für die geforderte Registrierung am Wohnort, beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Heirat, Hilfen zur sozialen Sicherheit und anderen staatlichen Diensten.

Alle Männer im Alter von 18 bis 60 werden als mögliche Subjekte des Militärdienstes betrachtet, sofern sie nicht davon ausgenommen sind; sie können nicht mehr ohne Erlaubnis des örtlichen Militärkommissars umziehen und es wird ihnen verboten, die Ukraine zu verlassen, mit wenigen Ausnahmen. Dies wurde auch von UN-Menschenrechtsbeobachtern festgestellt: Diese Politik ist fragwürdig bezüglich seiner Legalität und eine grundlose Vorenthaltung von Menschenrechten.<sup>6,7</sup>

Die rechtliche Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine ist geregelt durch das restriktive Gesetz von 1992 über den Alternativen nicht-militärischen Dienst.<sup>8</sup> Dieses wird gewöhnlich von den militärischen Rekrutierungszentren umgesetzt sowie von den örtlichen Verwaltungen, die für die Durchführung des Alternativdienstes zuständig sind – mit unterschiedlichen Interpretationen (gegenwärtig ist die übliche Auslegung die Ablehnung des Zugangs zum Alternativdienst aufgrund des Kriegsrechts). Die ukrainische Regierung ist nicht willens die internationalen Menschenrechte anzuwenden und verhängte Einschränkungen über das Recht auf Meinungsfreiheit bezüglich öffentlicher Kritik an den Streitkräften der Ukraine und dem Eintreten für die Kriegsdienstverweigerung gegenüber dem Militärdienst.<sup>9</sup> Nach dem internationalen Skandal zur Inhaftierung von Vitaly Alekseienco wegen Kriegsdienstverweigerung behaupten einige Offizielle, dass die Regierung erneut über die rechtliche Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung nachdenken könnte, obwohl sie dies gerade abgelehnt hat.<sup>10</sup>

Privilegierte Religionen, denen gemäß der Tradition der Alternativdienst erlaubt wurde, haben besondere Beziehungen mit Militärbehörden aufgebaut. Das erklärt ihren Unwillen, öffentlich für das Recht einzutreten das Töten zu verweigern, obwohl sie sich selbst als pazifistische Kirchen beschreiben. Ihre Loyalität und ihre öffentliche Unterstützung der Kriegsanstrengungen wird informell anerkannt, ihnen bleibt die Bürde der Mobilisierung erspart und ihren männlichen Geistlichen wurde manchmal erlaubt ins Ausland zu reisen. Aber der Druck auf sie, in der Armee zu dienen, wächst: Kriegsdienstverweigerer werden angeklagt, und es kam bereits zu mehreren Verurteilungen. Es gab auch Gerichtsentscheidungen auf Veranlassung von Rekrutierungszentren der Armee, welche die Polizei anwies, die „Militärdienstentziehung“ von Kriegsdienstverweigerern zu untersuchen, die zu den privilegierten Kirchen gehören.

### Anzahl von Personen, verurteilt von Gerichten für Straftaten wegen der Vermeidung des Militärdienstes in der Ukraine<sup>11</sup>

Artikel des Strafgesetzbuches der Ukraine / Jahr	2022	2021	2020	2019	2018	2017	2016	2015	2014	2013	2012
335 (Vermeidung der Militärdienstpflicht)	112	152	182	313	215	136	86	38	7	22	19
336 (Vermeidung der Militärdienstpflicht während einer Mobilisierung, im Ausnahmezustand, als Reservist)	186	2	1	11	13	45	220	935	139	0	0
337 (Vermeidung der militärischen Registrierung oder militärischen Erfassung)	12	34	73	156	110	21	3	2	0	0	0
407 (Unerlaubte Abwesenheit)	1036	1407	1506	2189	2267	2128	1937	1545	153	22	29
408 (Desertion)	154	220	152	239	224	381	307	171	29	2	1
409 (Vermeidung des Militärdienstes durch Selbstverstümmelung)	19	8	8	3	3	6	25	92	23	11	11

Der jährliche Überblick der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung zeigt zum Ende des Jahres 2022 einen 53%igen Anstieg bei der Anzahl von Kriegsdienstverweigerern zum Alternativdienst aus den Regionen, wo örtliche Militärverwaltungen diesbezügliche Zahlen bekanntgaben (617 Verweigerer führten in der Ukraine 2022 Alternativdienst durch, im Vergleich zu 1.659 im Jahr 2021).<sup>12</sup> 2023 gab es ein Treffen von Mitgliedern des Ukrainischen Rates der Kirchen und religiöser Organisationen mit dem Premierminister. Dabei kam auch das Problem der Umsetzung des in der Verfassung garantierten Alternativen (nicht-militärischen) Dienstes für Gläubige zur Sprache, deren Glauben ihnen das Tragen einer Waffe verbietet. Dabei wurde vorgeschlagen, „statt strafrechtlicher Verfolgung sei es zweckmäßiger die Arbeit dieser Gläubigen zu nutzen, um die Verteidigungsfähigkeit des Staates außerhalb der militärischen Formation zu stärken.“<sup>13</sup>

Kriegsdienstverweigerer, die die Unvereinbarkeit ihres Glaubens mit dem Militärdienst erklären, dokumentiert durch Nachforschungen oder durch die Gerichte, werden gewöhnlich als Militärdienstentzieher nach Art. 336 des Strafgesetzbuches der Ukraine angesehen: Die Umgehung der Einberufung während der Mobilisierung im Ausnahmezustand durch Reservisten kann mit drei bis fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Das Verfahrensgesetz erlaubt es dem Gericht die Strafe auszusetzen, die Inhaftierung durch die Bewährung zu ersetzen oder sie zu verkürzen.

#### Anzahl der Strafverfahren aufgrund der Entziehung vom Militärdienst in der Ukraine<sup>14</sup>

Januar – September 2023, im Vergleich zu Januar – September 2022

Artikel des Strafgesetzbuches der Ukraine / Zeiträume	Januar bis September 2023	Januar bis September 2022
336 (Vermeidung der Militärdienstpflicht während einer Mobilisierung, im Ausnahmezustand, als Reservist)	3.117	838
337 (Vermeidung der militärischen Registrierung oder militärischen Erfassung)	78	18
407 (Unerlaubte Abwesenheit)	10.940	3.015
408 (Desertion)	4.638	2.245
409 (Vermeidung des Militärdienstes durch Selbstverstümmelung)	161	151

Die schikanöse Behandlung von Verweigerern, der Druck auf Menschenrechtsverteidiger und Anwälte, die es wagen, Missbrauch in der Armee einschließlich der Militärdienstpflicht zu kritisieren, der mangelnde Respekt gegenüber Menschenrechten und der Friedenskultur in der Gesellschaft, die trotz allem existieren, die beschämenden Stigmas rund um die Verweigerung des Militärdienstes sind Faktoren, die die Unterschiede zwischen Kriegsdienstverweigerung und Militärdienstentziehung verwischen. Ohne angemessene Friedensstudien, die rechtliche Akzeptanz von Kriegsdienstverweigerern und die Entwicklung einer legalen populären Friedensbewegung, transparent finanziert, mit klarer ethischer Orientierung, die durch die Elite zumindest toleriert wird (falls sie nicht selbst ihr beiträgt) ist diese unmoralische Erosion unvermeidlich.

Unter solchen Umständen sind die gewöhnlichen Wege, den Zwangsmilitärdienst zu vermeiden, abgesehen von den wenigen vorgesehenen legalen Ausnahmen und den Zurückstellungen: die Vermeidung der militärischen Registrierung, die Vermeidung Rekrutierungsbüros aufzusuchen und Beamte zu treffen, die Einberufungen vornehmen (einige Leute bevorzugen aus diesem Grunde zuhause zu bleiben). Und dann gibt es noch den Schwarzmarkt, wo man von den Militärdienstentziehern Bestechungsgelder verlangt, mittels Korruption betrügerische Ausnahmebescheinigungen verkauft und ihnen gegen Zahlung anbietet, sie über die Grenze zu schmuggeln.

Die vielleicht einzige legale Möglichkeit für eine Zurückstellung ist die Einschreibung in höhere Bildungsinstitutionen: die Anzahl der männlichen Studierenden in bezahlten Kursen hat sich nahezu verdoppelt.<sup>15</sup> Mit dem neuen Bildungs- und Wissenschaftsminister, der für sein militaristisches Image bekannt ist, wächst die Besorgnis, dass Ausnahmen für Studenten abgeschafft werden könnten.<sup>16</sup> Aber schon vorher berichtete der

ukrainische Parlamentskommissar für Menschenrechte, dass „Vollzeit-Studierende im Ausnahmezustand ohne ihre Zustimmung militärdienstpflichtig werden“.<sup>17</sup>

Die Zahl der Leute, die für Versuche des illegalen Grenzübertritts bestraft wurden, stieg von 2.159 im Jahr 2021 auf 5.707 im Jahr 2022. Nach Angaben der staatlichen Grenzschutz der Ukraine wurden seit Kriegsbeginn, 24. Februar 2022, bis September 2023 14.600 Leute beim Versuch festgenommen, die Grenzkontrollstellen zu umgehen. Zusätzlich wurden 6.200 „Vermeider“ mit gefälschten Dokumenten an den Grenzkontrollstellen gestoppt als sie die Ukraine verlassen wollten. Gewöhnlich kaufen Leute anonyme Anweisungen, wie sie die Grenze überwinden können. So schützen sich die Fluchthelfer, aber es gibt für das Jahr 2022 auch 120 Bestrafungen wegen Fluchthilfe. Zum Vergleich: 2021 waren es 60. Die Wahl für den Schwarzmarkt ist verständlich, da der Krieg das Leben gefährdet: Ein Student, dem es verwehrt war, die Ukraine zu verlassen, drohte sich selbst zu töten. Andere Studenten organisierten regelmäßige Proteste am Shehyni-Kontrollpunkt und wurden von der Grenzschutz geschlagen.<sup>18, 19</sup>

2022 war es für tausende Dollars möglich auf dem Schwarzmarkt eine Ausreiseerlaubnis zu kaufen, als Fahrer eines humanitären Hilfs-Lastwagens, selbst wenn der Betreffende gar keinen Führerschein hatte. Praktiken von ungerechtfertigter Bereicherung von Militärkommissaren, die für Ausreiseerlaubnisse zuständig sind, und anderer Beamter und Offiziere die aus der Militärdienstpflicht Nutzen ziehen, sind gut bekannt. Die Einrichtungen, die das Gesetz durchsetzen sollen, berichten regelmäßig über entsprechende Festnahmen, aber niemand geht daran, die Regeln dieses grausamen „Spiels“ zu ändern, indem sie es fairer machen für jene, die sich dem Töten verweigern.

Die Entlassung des skandalösen Militärkommissars in Odessa, der Immobilien im Wert von mehreren Millionen Dollar in Spanien besitzt<sup>20</sup> und die Säuberungswelle gegen militärische Rekrutierer,<sup>21</sup> die sich gemäß Untersuchungen ungerechtfertigt bereichert haben,<sup>22</sup> haben zu keiner Veränderung der Praktiken der Zwangsrekrutierung geführt, wie die Entführungen von Militärdienstpflichtigen auf den Straßen zeigen.<sup>23</sup> Zum Beispiel wurde im Oktober 2023 ein Mann gegen seinen Willen zu einem Rekrutierungszentrum in Ternopil gebracht und dort geschlagen.<sup>24</sup> Im November 2023 haben Rekrutierer in Lviv gewaltsam Männer auf der Straße entführt.<sup>25</sup> Zudem wurde erst im Oktober 2023 damit begonnen einen Fall aus dem Juli 2022 zu untersuchen, bei dem Militärdienstpflichtige geschlagen wurden.<sup>26</sup> Schon vorher gab es Fälle mit ähnlichem Charakter: rüdes Stoppen und die Festnahme von Militärdienstpflichtigen auf den Straßen; ihre Entführung und eigenmächtige Festnahme war allgegenwärtig und dann sogar teilweise legalisiert.

Abgesehen von einigen skandalösen Fällen,<sup>27</sup> die formell untersucht wurden,<sup>28, 29</sup> gibt es keine Informationen bezüglich Strafverfahren gegen die Täter. In ihren Abschließenden Beobachtungen des 8. Periodischen Berichts über die Ukraine drückte das Menschenrechtskomitee seine Besorgnis aus über Berichte, dass Militärdienstpflichtige, darunter Kriegsdienstverweigerer, gejagt und gegen ihren Willen zu militärischen Sammelstellen gebracht werden sowie über Militärdienstpflichtige, die eigenmächtig inhaftiert wurden. Das Komitee ist ebenso ausdrücklich besorgt über den Mangel an Information über Untersuchungen in solchen Fällen und über die strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen. Die Ukraine hat die Empfehlungen nicht umgesetzt, wonach der Staat sicherstellen soll, dass Fälle von Entführungen und willkürlichen Festnahmen und Inhaftierung von Militärdienstpflichtigen unverzüglich, gründlich und unabhängig untersucht werden, dass die Täter angeklagt und verurteilt werden und den Opfern effektive Rechtsmittel zur Verfügung stehen, einschließlich angemessener Entschädigung. In Erwiderung auf eine Nachfrage, welche Untersuchungen und Maßnahmen ergriffen worden sind, hat das Büro der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, welche alle strafrechtlichen Untersuchungen in der Ukraine beaufsichtigt, in einem Brief vom 10. Februar 2023 geschrieben, dass sie keine öffentlichen Informationen bezüglich dieser Frage hat.

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung wird in der Ukraine nicht in allen Stadien des Militärdienstes anerkannt. Militärdienstpflichtige können wegen "Militärdienstentziehung", aktive Soldaten wegen "Desertion" oder "unerlaubtem Verlassen der Militäreinheit" bestraft werden, wenn sie auf ihrer Verweigerung bestehen.

Derzeit ist ein Trend zu härteren Urteilen in Fällen von Kriegsdienstverweigerern zu beobachten. So wurde beispielsweise der adventistische Kriegsdienstverweigerer Dmytro Zelinsky im Juni 2023 freigesprochen, weil er in seinem Freispruch die Aussage eines Pastors der Kirche über den gewaltlosen Beitrag seiner Gemeinde zur Verteidigung des Staates und des Volkes zitierte.<sup>30</sup> Der Freispruch wurde jedoch vom Berufungsgericht in Ternopil aufgehoben, und im August 2023 wurde ein neues Urteil gefällt: drei Jahre Haft<sup>31</sup>. Jetzt verbüßt der Gewissensgefangene seine dreijährige Haftstrafe.<sup>32</sup>

Das Bezirksgericht Kamyanka-Buzky der Region Lviv verurteilte einen Kriegsdienstverweigerer zu drei Jahren Gefängnis, weil er sich unter Berufung auf die Lehren der protestantischen New-Age-Kirche, die die Teilnahme an Militäraktionen verbietet, geweigert hatte, zum Pflichtdienst in der Armee mobilisiert zu werden. Das Gericht lehnte den Antrag des Angeklagten auf Strafaussetzung mit der Begründung ab, er habe nichts getan, um den Streitkräften der Ukraine zu helfen<sup>33</sup>. Da es leicht ist, an jedem Bankautomaten auf der Straße für die Armee zu spenden, deutet die Tatsache, dass die Person dies nicht getan hat, auf die Aufrichtigkeit der Kriegsdienstverweigerung hin.

Unsere selektive Recherche der Gerichtsentscheidungen in öffentlichen Registern, die sowohl Artikel 336 des ukrainischen Strafgesetzbuches (Militärdienstentziehung während der Mobilmachung) als auch Artikel 35 der ukrainischen Verfassung, in dem das Recht auf Alternativdienst verankert ist, erwähnen, ergab, dass in jüngster Zeit 8 Urteile ergangen sind, mit denen Kriegsdienstverweigerer bestraft wurden die ihnen das Recht auf Zugang zum Alternativdienst unter dem Kriegsrecht verweigerten. Außerdem gingen auf Ersuchen der militärischen Rekrutierungsbüros sechs gerichtliche Anordnungen an die Polizei, die mutmaßliche Militärdienstentziehung von Kriegsdienstverweigerern zu untersuchen.

Der Trend zur zunehmenden Bestrafung von Kriegsdienstverweigerung hängt wahrscheinlich mit der öffentlichen Aussage eines Militärbeamten zusammen, dass sich Hunderttausende Militärdienstpflichtige dem Militärdienst entziehen.<sup>34</sup>

Die gängigen Menschenrechtsorganisationen in der Ukraine sind kaum bereit, über Menschenrechtsverletzungen durch die ukrainische Armee zu berichten, da sie die Ansicht vertreten, dass das Überleben des Staates als wichtigstem Verteidiger der Menschenrechte auf dem Spiel steht und die Menschen sich zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte zusammenschließen müssen. Die nationale Menschenrechtsinstitution hat jedoch über einige Verstöße im Zusammenhang mit der Militärdienstpflicht berichtet und dabei das Thema der Kriegsdienstverweigerung ausgeklammert.

Der Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlaments räumt in seinem Jahresbericht 2022 widerwillig ein, dass "die Rechte der Bürger während der Mobilisierung nicht beachtet wurden", darunter auch "Fehler, die während der Mobilisierung gemacht wurden (unzureichende medizinische Untersuchung der Militärdienstpflichtigen durch militärmedizinische Kommissionen, Einberufung von Personen, die gemäß der geltenden Gesetzgebung zurückgestellt waren)".<sup>35</sup>

Während der interaktiven Dialoge zu den Berichten des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte über die Lage in der Ukraine äußerte der Internationale Versöhnungsbund (IFOR) seine Besorgnis über die Verletzung des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine, wo die allgemeine Mobilisierung zur Armee ohne Ausnahmen für Kriegsdienstverweigerer durchgesetzt wird und Einberufungsbefehle an öffentlichen Orten, einschließlich Kirchen, ausgeteilt werden. IFOR berichtete über die derzeitige Ausset-

zung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine, die daraus resultierenden Haftstrafen, das Reiseverbot für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren und die Unterdrückung von Studentenprotesten gegen das Verbot, im Ausland zu studieren. Darüber hinaus äußerte IFOR seine Besorgnis über die Zwangsmobilisierung von Militärdienstpflichtigen in den von der Russischen Föderation besetzten ukrainischen Gebieten, die Haftstrafen für diejenigen vorsieht, die sich weigern, sich zu melden.<sup>36-38</sup>

In den abschließenden Bemerkungen zum 8. Periodischen Bericht der Ukraine<sup>39</sup> betonte der Menschenrechtsausschuss, dass Alternativen zum Militärdienst allen Kriegsdienstverweigerern ohne Diskriminierung hinsichtlich der Art ihrer Überzeugungen, die die Verweigerung rechtfertigen (seien es religiöse oder nicht-religiöse, auf dem Gewissen beruhende Überzeugungen), zur Verfügung stehen sollten, und dass sie im Vergleich zum Militärdienst weder bestrafend noch diskriminierend hinsichtlich ihrer Art oder Dauer sein sollten. Die Ukraine hat jedoch keine Maßnahmen ergriffen, um die Rechtsvorschriften entsprechend diesen Empfehlungen zu ändern. In Beantwortung eines Schreibens der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung an die Werchowna Rada (Parlament) der Ukraine im September 2022, in dem es um die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Empfehlungen ging, leitete der parlamentarische Ausschuss für Menschenrechte das Schreiben an das Justizministerium weiter, das wiederum antwortete, die Frage falle in den Zuständigkeitsbereich des Verteidigungsministeriums. Der parlamentarische Ausschuss für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste antwortete, dass Vorschläge zur Änderung der Rechtsvorschriften im Hinblick auf die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards unter den Abgeordneten verbreitet werden. Im Februar 2023 teilte der parlamentarische Ausschuss für Menschenrechte jedoch mit, dass Fragen des zivilen Alternativdienstes in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Nachrichtendienste fallen; dieser schrieb, dass der Alternativdienst nur anstelle der zeitlich begrenzten (friedensmäßigen) Militärdienstpflicht zugelassen werden könne, und berief sich dabei auf ein veraltetes Gesetz ohne Bezug auf die Menschenrechte.

## Verfolgung von Vitaliy Alekseienko wegen Kriegsdienstverweigerung

Vitaly Alekseienko, ein protestantischer Christ, Kriegsdienstverweigerer und Binnenvertriebener, wurde wegen seiner Weigerung zu töten zu einer einjährigen Haftstrafe verurteilt und im Februar 2023 inhaftiert, nachdem das Berufungsgericht das Urteil bestätigt hatte.<sup>40-42</sup> Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) erklärte ihn zu einem Gewissensgefangenen.<sup>43</sup>

Im Mai 2023 hob der Oberste Gerichtshof die Verurteilung auf und ordnete seine sofortige Entlassung aus dem Gefängnis und die Wiederaufnahme des Verfahrens vor dem erstinstanzlichen Gericht an.<sup>44</sup> Dieses Wiederaufnahmeverfahren läuft noch, die nächste Anhörung ist für den 15. November angesetzt.

Das Oberste Gericht sprach Alekseienko nicht wie von der Verteidigung gefordert frei und zitierte das veraltete Gesetz über Alternativdienst in einer Weise, die mit der Verleugnung eines Rechts auf Kriegsdienstverweigerung durch die Armee übereinstimmt. Dies birgt die Gefahr einer neuen Verurteilung.

Mit Unterstützung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung hat Alekseienko eine Verfassungsbeschwerde vorbereitet, in der er die Verfassungsmäßigkeit der Normen des Alternativdienstgesetzes anzweifelt, die den Zugang zum Alternativdienst nur in Friedenszeiten und nur für Mitglieder privilegierter, von der Regierung anerkannter, Konfessionen ermöglichen.

Leider wurden die Materialien zur Verfassungsbeschwerde auf einem Computer vom Sicherheitsdienst der Ukraine bei der Durchsuchung der Wohnung von Yurii Sheliashenko beschlagnahmt (siehe unten). Die Durchsuchung hat viel Zeit und Mühe gekostet, so dass wir gezwungen waren, die Vorlage in aller Eile fertigzustellen und sie erst im letzten Moment einreichen konnten. Im Ergebnis hat das Sekretariat des Ver-



fassungsgerichts der Ukraine die Beschwerde wegen eines geringfügigen Verfahrensproblems zurückgewiesen.<sup>45</sup>

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis hatte Alekseienco Probleme, aufgrund der Erfordernis einer militärischen Registrierung einen Job zu finden, aber nach einiger Zeit gelang es ihm mit rechtlicher Unterstützung, eine Anstellung als Postbote zu erhalten.

## Fehlen eines Verfahrens zur Entlassung aus dem Militärdienst aus Gewissensgründen im Fall von Andrii Vyshnevetsky

Andrii Vyshnevetsky, ein christlicher Pazifist, wurde zu einer Fronteinheit der Streitkräfte der Ukraine geschickt, obwohl er seine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen erklärte und um Entlassung bat.<sup>46</sup> Nachdem er mehrmals seine Kriegsdienstverweigerung erklärt hatte, wurde er zum Küchendienst eingeteilt. Das Kommando der Bodentruppen verweigerte ihm das Recht auf Entlassung aus Gewissensgründen und berief sich dabei auf die geltenden Vorschriften des Militärdienstes auf der Grundlage von Gesetzen und Präsidialdekreten. Vyshnevetsky reichte eine Klage ein, in der er den Obersten Gerichtshof aufforderte, Präsident Selenskyj anzuweisen, ein Verfahren zur Entlassung aus dem vom Militärdienst aus Gewissensgründen einzuführen.<sup>47</sup>

Am 25. September 2023 lehnte es der Oberste Gerichtshof ab, einer Klage von Andrii Vyshnevetsky stattzugeben. An diesem Tag hinderte ihn der Kommandant daran, wie angeordnet vor dem Gericht zu erscheinen, indem er ihn einer anderen Militäreinheit zuwies und die Erlaubnis zum Ausgang unter dem Vorwand, die Papiere vorzubereiten, unangemessen lange verzögerte.

In seinem Urteil beruft sich der Oberste Gerichtshof auf den nationalen Notstand aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine, der es erlaube, die Menschenrechte einzuschränken und von den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen des Staates abzuweichen. Das Gericht hat jedoch nicht geprüft, ob das verfassungsmäßige Recht auf Alternativdienst und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung durch das Gesetz ordnungsgemäß eingeschränkt wurde (dies war nicht der Fall). Das Gericht hat auch nicht geprüft, ob die Ukraine von den internationalen Menschenrechtsverpflichtungen in Bezug auf die Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit abgewichen ist (dies war nicht der Fall). Außerdem zitierte der Oberste Gerichtshof den ersten Absatz von Art. 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) bezüglich der Möglichkeit von Ausnahmen, nicht aber den zweiten Absatz, der Ausnahmen von Art. 18 des ICCPR ausschließt. Neben anderen Argumenten behauptete der Oberste Gerichtshof, dass die Rechtslücke in Bezug auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung durch das Parlament geschlossen werden muss und nicht durch den Präsidenten, der dazu nicht befugt sei. (Allerdings ignorierte das Gericht einen Hinweis in der Klage von Vyshnevetsky auf das Gesetz der Ukraine "Über die Wehrpflicht und den Militärdienst", das dem Präsidenten die Befugnis gibt, Verfahren im Zusammenhang mit dem Militärdienst festzulegen).

Da der Oberste Gerichtshof die Klage als erstinstanzlich betrachtete und die Berufung bei der Großen Kammer des Obersten Gerichtshofs zulässig ist, hat die Ukrainische Pazifistische Bewegung Berufung gegen das Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 25. September 2023 in der Rechtssache Vyshnevetsky eingelegt.

## Verfolgung von Yurii Sheliazhenko wegen seines Eintretens für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und seine Verteidigung der Rechte von Verweigerern

Yurii Sheliazhenko, Generalsekretär der NGO Ukrainische Pazifistische Bewegung, wurde wegen seines Eintretens für eine pazifistische Weltanschauung und insbesondere für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung einer strafrechtlichen Untersuchung unterzogen mit Durchsuchung seiner Wohnung am 3. August 2023, Beschlagnahmung von Computer und Smartphone sowie nächtlichem Hausarrest (Beginn 15. August, verlängert bis 30. November).<sup>48</sup> Gegen ihn wurde ein formeller Verdacht auf Rechtfertigung der russischen Aggression vorgebracht, ein Verbrechen, das gemäß Art. 436-2 Teil 2 des ukrainischen Strafgesetzbuchs mit bis zu 5 Jahren Gefängnis und der Konfiszierung von Eigentum bestraft werden kann. Diese politisch motivierte Strafverfolgung erfolgt unter einem absurden Vorwand: Der Verdacht lautet, dass Sheliazhenko an Präsident Selenskyj die Erklärung "Friedensagenda für die Ukraine und die Welt"<sup>49</sup> übermittelte, die von der ukrainischen pazifistischen Bewegung am 21. September 2022 verabschiedet wurde und angeblich die russische Aggression rechtfertigt (in Wirklichkeit unterstützt die Erklärung wortwörtlich die Verurteilung der russischen Aggression durch die UN-Generalversammlung). Der absurde Verdacht wird durch ein forensisch-linguistisches (semantisch-textuelles) Gutachten des Sicherheitsdienstes der Ukraine<sup>50</sup> untermauert, das sowohl die rechtliche Definition von Aggression als auch die Tatsache ignoriert, dass die Erklärung der Pazifisten eine ausdrückliche Verurteilung der russischen Aggression enthält. Die forensisch-linguistische Schlussfolgerung basiert auf voreingenommenen Mutmaßungen über allgemeine Prinzipien von pazifistischen Überzeugungen, die in der Erklärung geäußert werden, wie Zweifel am Realismus jeglicher Feindbilder, eine kritische Analyse des Beitrags zur Konflikteskalation auf allen Seiten, der Betonung von gewaltfreien und waffenlosen Ansätzen zur Selbstverteidigung und zum Schutz der Zivilbevölkerung.

Eine Reihe von Entscheidungen der Ermittlungsrichter, darunter die Erlaubnis zur Durchsuchung von Sheliazhenkos Wohnung<sup>51</sup>, den Zugang zu seiner Korrespondenz<sup>52</sup> und zu seiner Handy-Anrufliste<sup>53</sup> zitieren Informationen, dass die Ermittlungen bereits vor der Verabschiedung der genannten Erklärung eingeleitet wurden, als Sheliazhenko ein Rechtshilfedokument mit dem Titel "Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung" veröffentlichte und dass sich die Ermittlungen zu diesem Zeitpunkt auf einen angeblichen Verstoß gegen Artikel 114-1 (1) des Strafgesetzbuches der Ukraine (Störung der legalen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine oder anderer militärischer Formationen in einem Sonderzeitraum) konzentrierten, ein Verbrechen, das mit fünf bis acht Jahren Freiheitsentzug bestraft werden kann. In einer Pressemitteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SSU) zu den Ermittlungen heißt es, dass Sheliazhenko zur Militärdienstentziehung aufgerufen und an ausländische Diplomaten angeblich falsche Informationen über den Krieg übermittelt habe. Da der einzige Brief an ausländische Diplomaten, der durch die Ermittlungen offengelegt wurde, ein Brief an Matilda Bogner, Leiterin der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine<sup>54</sup>, war – der Brief enthielt die genauen Beschreibungen von Verletzungen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in mehreren Einzelfällen, basierend auf öffentlich zugänglichen Informationen, Interviews und Dokumenten – ist klar, dass die Repressionen wegen der Aktivitäten zur Verteidigung der Menschenrechte begannen.

Die Untersuchungsprotokolle über den Inhalt des Smartphones und des Computers, die in der Wohnung von Yurii Sheliazhenko beschlagnahmt wurden, beschreiben ebenfalls größtenteils vertrauliche Mitteilungen im Zusammenhang mit der Menschenrechtsarbeit, insbesondere das Eintreten für das Menschenrecht der Kriegsdienstverweigerung und Rechtshilfe für Verweigerer, die in den Protokollen abwertend als "Hinterzieher mit Gewissensgründen" bezeichnet werden.<sup>55</sup>

Der Vorwand der "Rechtfertigung der russischen Aggression" wurde wahrscheinlich später erfunden, als die Ermittler realisierten, dass eine Verfolgung wegen legitimer Menschenrechtsanliegen und Rechtshilfe kontrovers ist. Dennoch gaben die Ermittler nicht die Absicht auf, eine Verfolgung wegen des Eintritts für Menschenrechte weiterzuführen. Dies geht aus dem Antrag der Ermittler an das Gericht auf Verlängerung der Ermittlungsdauer vom 25. Oktober 2023 hervor: darin heißt es, dass die Ermittler eine "Änderung der Qualifikation des Verbrechens" in Betracht zögen. Beigefügt ist ein Brief vom 21. Juli 2023 von einem Ermittler des Sicherheitsdienstes der Ukraine namens Oleksandr Novak an die Hauptdirektion für Personal der Streitkräfte der Ukraine, in dem es heißt, dass der Bürger Yuri Sheliashenko, gegen den strafrechtlich ermittelt wird, "im ukrainischen Informationsraum eine Botschaft über das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung" verbreite; „im Internet werden Informationsmaterialien gefunden, die Krieg und Militarismus kritisieren“, und der Ermittler fragt ob diese Aktivitäten die legalen Angelegenheiten der Streitkräfte der Ukraine beeinträchtigen. Er fügte auch eine Antwort bei, unterschrieben vom stellvertretenden Leiter der Hauptdirektion für Personal der Streitkräfte der Ukraine, Mark Andrusiak, und datiert vom 17. August 2023, in der es heißt, dass "die Aktivitäten des Exekutivsekretärs der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, des Bürgers Sheliashenko, einen negativen Einfluss auf die Fähigkeit des Staates (hätten), die Durchsetzung von Maßnahmen zur allgemeinen Mobilmachung und der Einberufung von Militärdienstpflichtigen durch die territoriale Zentren der Rekrutierung und sozialen Unterstützung sicherzustellen." Es ist bemerkenswert, dass Mark Andrusiak zuvor einen Brief unterzeichnet hatte, in dem er die rechtliche Verpflichtung der Ukraine zum Schutz des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung leugnete.

Die politische Verfolgung erfolgt in diesem Fall mit Nachdruck: Eine Gruppe von 9 Ermittlern des ukrainischen Sicherheitsdienstes ist mit dem Fall betraut, und eine Gruppe von 5 Staatsanwälten der Kiewer Staatsanwaltschaft ist mit der Überwachung der Ermittlungen beauftragt.

Die offengelegten Ermittlungsakten enthalten die Korrespondenz des Sicherheitsdienstes der Ukraine mit Oleksiy Dnipro, dem stellvertretenden Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine<sup>56</sup>, und mit Oleksandr Kononenko, dem Vertreter des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada) im System der Sicherheits- und Verteidigungsorgane, über die angeblich "kriminellen" Briefe der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, wobei das Eintreten für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Verbrechen betrachtet wird. Es ist bemerkenswert, dass ein Vertreter des nationalen Ombudsmannes für Menschenrechte einen Brief<sup>57</sup> an den Sicherheitsdienst schrieb, in dem er um eine Untersuchung des angeblich "kriminellen" Eintretens für die Menschenrechte bat und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung leugnete, während sein Chef später in einem neuen Brief<sup>58</sup> widerwillig die entsprechenden ukrainischen Verpflichtungen gemäß der Verfassung und internationaler Verträgen anerkannte.

Einen Monat nach der Durchsuchung von Sheliashenkos Wohnung am 7. September, diskreditierten der Sicherheitsdienst der Ukraine<sup>59</sup>, die Staatsanwaltschaft der Stadt Kiew und die Generalstaatsanwaltschaft<sup>60</sup> Yuri Sheliashenko in Pressemitteilungen mit zweifelhaften Anschuldigungen von Straftaten. Die lange Verzögerung bei der Veröffentlichung der Pressemitteilungen hängt wahrscheinlich mit den erfolglosen Versuchen zusammen, belastende Dokumente oder Mitteilungen auf dem Computer und dem Smartphone von Yuri Sheliashenko zu finden.

Nach einem Jahr Überwachung, einer Hausdurchsuchung und Beschlagnahmungen fand der ukrainische Sicherheitsdienst keine Beweise für etwas anderes als das Eintreten für pazifistische Überzeugungen, völkerrechtskonforme Friedensaufrufe, insbesondere für das Menschenrecht der Kriegsdienstverweigerung; dennoch behandelt der ukrainische Sicherheitsdienst Yuri Sheliashenko nach wie vor als "Feind" und verfolgt ihn, wahrscheinlich auf Grund politisch motivierter Befehle der militärischen und/oder politischen Führung<sup>61</sup>. Eine der Methoden des ukrainischen Sicherheitsdienstes, das Bild eines „Feindes“ zu erzeugen,

bestand darin, den gefälschten Buchstaben Z, das Symbol der russischen Aggression, in den Namen von Sheliashenko Telegram-Kanal einzufügen. Den Anträgen des Angeklagten, diesen Fehler zu korrigieren, wurde durch Entscheidungen des Solomianskyi-Bezirksgerichts von Kiew am 18. Oktober und 9. November stattgegeben. Während der Anhörungen behauptete Ermittler Novak, es handle sich um einen "Tippfehler". Die internationale Zivilgesellschaft rief dazu auf, die politisch motivierte Verfolgung wegen Pazifismus zu beenden.<sup>62</sup>

Die politisch motivierte Verfolgung von Yurii Sheliashenko wegen seines legitimen Menschenrechts- und Friedensaktivismus und seines Eintretens für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung verstößt gegen die Menschenrechte auf Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit, persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit des Privatlebens, der Wohnung und des Eigentums, Redefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Unschuldsvormutung und Schutz des Rufes vor Verleumdung. Der ukrainische Sicherheitsdienst griff auch auf das Telefonprotokoll von Yurii Sheliashenko zu, und es gibt Hinweise darauf, dass auf Kriegsdienstverweigerer, die telefonisch rechtlichen Rat zwecks Verteidigung der Menschenrechte erhielten, Druck ausgeübt wurde.

In den Entscheidungen des Kiewer Solomianskyi-Bezirksgerichts vom 19. September und 5. Oktober 2023 wurde festgestellt, dass der Ermittler des Sicherheitsdienstes der Ukraine die Rechte von Yurii Sheliashenko verletzt hat, als er die Anträge von Sheliashenko auf Rückgabe von vorübergehend beschlagnahmtem Eigentum, auf Einstellung des Verfahrens wegen Fehlens einer Straftat, auf Ernennung einer angemessenen forensisch-linguistischen Untersuchung und auf Zugang zu nicht geheimen Ermittlungsmaterialien nicht in der von der Strafprozessordnung der Ukraine vorgeschriebenen Reihenfolge berücksichtigte. Am 23. Oktober gab das Solomianskyi-Bezirksgericht von Kiew dem Ermittler die Unterlagen zu seinem Antrag auf Verlängerung der Ermittlungen bis 2024 zurück, da sie nicht den Anforderungen des Strafverfahrens entsprechen. Allerdings stellte der Ermittler am 25. Oktober einen neuen ähnlichen Antrag, dem stattgegeben wurde; der nächtliche Hausarrest für Yurii Sheliashenko wurde bis zum 31. Dezember verlängert.

Das Verfassungsgericht der Ukraine lehnte es ab, Sheliashenkos Beschwerde vor dem Berufungsverfahren anzuhören. Vor dem Kiewer Berufungsgericht sind für den 15. November, den 6. und 13. Dezember Anhörungen zu den Berufungsklagen von Yurii Sheliashenko gegen die Entscheidungen des Kiewer Solomianskyi-Bezirksgerichts betreffend den Hausarrest sowie die Erlaubnis für den SSU, die Wohnung zu durchsuchen und die Telefonprotokolle einzusehen, angesetzt.

## Empfehlungen

Die Ukraine muss das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung anerkennen und das Gesetz über den Alternativdienst in einer Weise ändern, die mit der Verfassung und den internationalen Menschenrechtsverträgen der Ukraine, einschließlich des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, in Einklang steht.

Die rechtliche Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung sollte in jeder Phase vor und während des Militärdienstes möglich sein. Informationen über das Verfahren und rechtlicher Beistand sollten für alle Kriegsdienstverweigerer zugänglich sein.

Bewaffnete Konflikte sind in der Welt weit verbreitet und Menschen, die sich der Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit in all ihren Formen verschrieben haben – nicht nur religiöse, sondern auch säkulare Pazifisten auf der Grundlage von Philosophien und wissenschaftlichen Erkenntnissen – weigern sich, zu den Waffen zu greifen, indem sie dem Gebot ihres Gewissens folgen und konsequent friedliche Wege des Widerstands gegen Aggressionen, Tyrannen und die Verletzung von Menschenrechten wählen. In Kriegszeiten

verdient die Kriegsdienstverweigerung besonderen rechtlichen Schutz, da sie die wertvollste Garantie für die Menschenwürde, den demokratischen Frieden und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ohne die Geißel des Krieges ist, was auch gemäß ihrer Präambel ein Ziel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist.

In Kriegszeiten wird die Achtung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu einer roten Linie, die diejenigen, die für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen, von denen unterscheidet, die glauben, dass das Leben ein Krieg ist und die Macht das Recht bestimmt.

Die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens und der besondere Respekt vor der Weigerung, anderen das Leben zu nehmen, erklärt die einzigartige Rolle des Menschenrechts auf Kriegsdienstverweigerung und seinen absoluten Charakter, auch (und gerade) in Zeiten nationaler Notlagen.<sup>63</sup>

Sogar historisch gesehen wurde dieses Recht in Zeiten der Entstehung moderner Massenarmeen entwickelt, die zu zwei schrecklichen Weltkriegen führten, und es wurde in den zivilisierten Ländern gerade während der Weltkriege anerkannt, obwohl die Regierungen an einer vollständigen Mobilisierung der Bevölkerung zum Widerstand gegen ausländische Aggressionen interessiert waren; diese Regierungen verstanden, dass sie keine Macht haben, das Gebot des individuellen Gewissens zu überstimmen, und so müssen auch alle vernünftigen Regierungen der Welt handeln.

Daher muss ein starker rechtlicher Schutz des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu einer Priorität auf der aktuellen internationalen Menschenrechtsagenda werden, da dies der direkteste Weg ist, den Militarismus und die ausufernden militärischen Konflikte einzudämmen und die Hoffnung aufrechtzuerhalten, dass es in einer Welt, in der sich alle weigern zu töten, keine Kriege geben wird.

Menschenrechtsaktivisten müssen sich an das Versprechen erinnern, dass der uneingeschränkte Schutz der Menschenrechte die Welt von der Barbarei organisierter Massentötungen befreien wird, nachdem die Diplomatie auf abscheuliche Weise versagt hat.

## Anmerkungen

1 Die Nichtregierungsorganisation Ukrainische Pazifistische Bewegung wurde 2019 gegründet, um die Menschenrechte für Frieden und Kriegsdienstverweigerung gegenüber dem Militärdienst zu verfechten, auszuüben und zu schützen. Dies geschieht durch Arbeit, Forschung, Bildung für friedliches Konfliktmanagement, Abrüstung, Friedenskultur, durch die Stärkung eines gewaltfreien Lebens und demokratischer, ziviler Kontrolle über militärische Angelegenheiten. Wir widerstehen gewaltfrei Militarismus und Krieg, einschließlich der kriminellen russischen Aggression gegen die Ukraine und Menschenrechtsverletzungen während der militärischen Mobilisierung. Unsere offizielle Website ist [www.pacifism.org.ua](http://www.pacifism.org.ua). Kontakt zum Geschäftsführer, Dr. Yuri Sheliazhenko: [yuriy.sheliazhenko@gmail.com](mailto:yuriy.sheliazhenko@gmail.com), +380973179326

2 [www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Issues/RuleOfLaw/ConscientiousObjection/2019/Ukraine.pdf](http://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/Issues/RuleOfLaw/ConscientiousObjection/2019/Ukraine.pdf)

3 Daza, F. (2022) Gewaltfreier Widerstand in der Ukraine angesichts des Krieges: Analyse von Entwicklungen, Wirkungen und Herausforderungen der gewaltfreien Aktion in der Ukraine zwischen Februar und Juni 2022. ICIP & Novact. Barcelona, 2022.

4 Ukraine setzt Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus. Connection e.V. (05.09.2022)  
<https://en.connection-ev.org/article-3613>

5 Brief des Ukrainischen Parlamentskommissars für Menschenrechte Dmytro Lubinets, 3. März 2023,  
<https://t.me/sheliazhenko/137>

6 [www.ohchr.org/en/documents/country-reports/situation-human-rights-ukraine-context-armed-attack-russian-federation](http://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/situation-human-rights-ukraine-context-armed-attack-russian-federation)

7 Amy Maguire, „Warum das Ausreiseverbot für Männer in der Ukraine gegen die Menschenrechte verstößt“, <https://de.connection-ev.org/article-3486>; „Sascha und Nikita sind zwei junge Pazifisten, welche nicht kämpfen wollen, und nun in Lviv als Binnenflüchtlinge gestrandet sind. Ihnen wird nicht erlaubt, das Land zu verlassen – allen männlichen Ukrainern ist das verboten“

8 Die hauptsächlichen Probleme des besagten Gesetzes von 1991 sind, dass das Recht auf die Kriegsdienstverweigerung des Militärdienstes nicht anerkannt ist für 1. jene mit einem nicht-religiösen Glauben, der unvereinbar mit dem Militärdienst ist, 2. jene, die nicht den religiösen Organisationen angehören, speziell den 10 Konfessionen, die in dem Regierungserlass aufgeführt sind, und 3. jene, die ihre Kriegsdienstverweigerung im Militärdienst entwickelten. Auch muss man die unverhältnismäßige Länge des Alternativdienstes sehen. Er ist 1 ½ mal länger als der Militärdienst – für diese Ungleichheit gibt es keine plausible Erklärung. Dem Verfahren für den Antrag auf Alternativdienst mangelt es an Fairness.

9 [www.ohchr.org/sites/default/files/documents/issues/2022-07-12/ukrainian-pacifist-movement-HRC50.pdf](http://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/issues/2022-07-12/ukrainian-pacifist-movement-HRC50.pdf)

10 Viktor Yelensky, Vorsitzender des Staatsdienstes für Ethnische Politik und Gewissensfreiheit, sagte gegenüber Forum 18 am 3. Mai 2023, dass er sich dafür eingesetzt habe, dass allen Kriegsdienstverweigerern erlaubt werde Alternativdienst zu leisten. „Alle meine Anstrengungen sind abgelehnt worden. Es ist wirklich nicht einfach dieses Ziel zu erreichen, wenn wir solche schweren Verluste in der Schlacht haben.“ Am 2. Juni 2023 sagte Yelensky Forum 18, dass die Regierung eine Änderung des 1992er Alternativ (nicht-militärischen) Dienstgesetzes überlegt um es ermöglichen, dass der Einzelne beantragen kann während einer Mobilisierung im Ausnahmezustand den Militärdienst mit einem Alternativen (nicht-militärischen) Dienst zu ersetzen. Er sagte, der Staatsdienst für Ethnische Politik und Gewissensfrei-

heit wie auch die Ombudsperson für Menschenrechte hätten schon ihre Stellungnahmen an das Parlament und das Kabinett der Minister gesandt. Details über die vorgeschlagenen Änderungen sind nicht öffentlich gemacht worden. [https://www.forum18.org/archive.php?article\\_28386](https://www.forum18.org/archive.php?article_28386)

11 Nach den Gerichtsstatistiken, veröffentlicht von der Verwaltung des Staatsgerichts der Ukraine.

12 Blick auf die Situation in der Ukraine – unabhängiger Bericht von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, <https://ebco-beoc.org/node/567>

13 Der Premierminister diskutierte gemeinsame Maßnahmen gegen die russische Aggression mit dem Gesamt-Ukrainischen Rat der Kirchen (in Ukrainisch), 19.10.2023, <https://vrciro.org.ua/ua/events/the-prime.minister.met-with-the-uccro>

14 Nach strafrechtlichen Untersuchungsstatistiken, veröffentlicht vom Büro der Generalstaatsanwaltschaft.

15 Wie ukrainische Universitäten mit dem Krieg Geld machen. Zehntausende falscher Studenten vermeiden die Mobilisierung. Das existierende System der Hochschulbildung hilft ihnen dabei (in Ukrainisch). <https://ngl.media/2023/04/24/yak-ukrayinski.universytety-zaroblyayut-na-vijni/>

16 Der Militarist und Plagiator Oksen Lisovyi soll nicht ukrainischer Minister für Bildung und Wissenschaft werden: Bericht der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, <https://ssrn.com/abstract=4408126>

17 Bericht über die Überwachung und den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte und Freiheiten in der Ukraine 2022 vom Parlamentskommissar für Menschenrechte, <https://ombudsman.gov.ua/report-2022/en/>

18 Ein Student aus Charkiw versuchte infolge des Auslandsreiseverbots sich selbst zu töten. Kharkiv Today, 5. September 2022, <https://2day.kh.ua/ua/kharkow/kharkivskyy-student-zbyravsvya-skoyity-samohubstvo-cherez-zaboronu-navvyizd-za-kordon>

19 Ukrainischer Student wurde brutal geschlagen, <https://www.youtube.com/shorts/3hgMThRaMbYA>

20 Selenskyj ordnete an, den Militärkommissar von Odessa zu entlassen und alle anderen zu überprüfen, 23.06.2023, <https://www.pravda.com.ua/eng/news/2023/06/23/7408229/>

21 Ukraine feuert Einberufungsbeamte wegen Annahme von Bestechungsgeldern, 11.08.2023, <https://www.bbc.com/news/world-europa-66478422>

22 In sechs Monaten fand NACP bei Militärbeamten ungerechtfertigte Vermögenswerte von mehr als UAH 255 Millionen, 23.10.2023, <https://nazk.gov.ua/en/news/in-six-months-the-nacp-has-found-unjustified-assets-worth-more-than-uah-255-million-from-military-officers/>

23 Inhumane und korrupte Mobilisierung in der Ukraine + Videos, 14.07.2023, <https://magyarnemzet.hu/english/2023/07/inhumane-and-corrupt-mobilization-in-ukraine-videos>

24 Schläge im Rekrutierungszentrum von Ternopil: Zwei Beamte suspendiert (in Ukrainisch). 12.10.2023, <https://suspline.media/592675-pobitta-v-tck-u-ternopoli-dvom-vijskovim-povidomili-pro-pidozru/>

25 In Lviv wird das Personal des territorialen Rekrutierungszentrums des Militärs verantwortlich gemacht für das Stopfen von Männern in einen Minibus, 11.11.2023, [https://varta1.com.ua/news/u-lvovi-pokarayut-pracivnikiv-tck-cherez-pakuvannya-cholovikiv-u-bus\\_372876.html](https://varta1.com.ua/news/u-lvovi-pokarayut-pracivnikiv-tck-cherez-pakuvannya-cholovikiv-u-bus_372876.html)

- 26 Das Staatliche Büro für Untersuchungen untersucht die Aktivitäten des Militärs und der Beamten der Staatsanwaltschaft in den Räumen des Militärkommissariats der Stadt Chernovits (in Ukrainisch), 09.10.2023,  
<https://dbr.gov.ua/news/dbr-rozslidue-dii-vijskovih-ta-pravoohoronciv-u-primishhenni-cherniveckogo-oblastno-go-vijskkomatu>
- 27 Robeyko Olga, „Der Rechtsanwalt kommentierte auf dem Video, wie Ukrainer mit Zwang zum Militärkommissariat gebracht werden“, UNIAN, 18.03.23 (in Ukrainisch),  
<https://www.unian.ua/society/viyskovo-zobov-yazanih-ukrajinciv-pakuyut-v-avto-y-tyagnut-do-viyskkomatu-advokat-poyasniv-chi-zakonno-ce-12183474.html>
- 28 Harte Festnahme eines Mannes bei der Verteilung von Einberufungsbefehlen in Odessa: Eine offizielle Untersuchung ist vorgesehen (Video), TSN 23.01.23 (in Ukrainisch),  
<https://tsn.ua/ukrayina/zhorstke-zatrimannya-viyskovo-zobov-yazanogo-v-odesi-priznachen-sluzhbovu-per-evirku-video-2249212.html>
- 29 Tetyana Lozovenko, Valentina Romanenko: „Ein Mann aus Odessa wurde auf der Mitte der Straße vom Militärkommissariat schroff festgenommen. Das Operative Kommando Süd sagt: Der Schuldige wird bestraft werden“. Ukrainska Pravda, 14. Februar 2023 (in Ukrainisch),  
<https://www.pravda.com.ua/news/2023/02/14/7389339/>
- 30 Urteil des Bezirksgerichts Kremenetsky der Oblast Ternopil, 5. Juni 2023,  
<https://reyestr.court.gov.ua/Review/111297484>
- 31 Urteil des Appellationsgerichts Ternopil vom 28. August 2023,  
<https://reyestr.court.gov.ua/Review/113075121>
- 32 UKRAINE: Drei Jahre Gefängnis für adventistischen Mobilmachungsverweigerer, 1. November 2023 Felix Corley, Forum 18,  
[https://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=2871](https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2871)
- 33 Urteil des Bezirksgerichts Kamyanka-Buzky der Region Lviv vom 06.11.2023,  
<https://reyestr.court.gov.ua/Review/114666105>
- 34 Keine Flucht vor der Mobilisierung: Verteidigungsministerium kündigt Änderungen bei der Arbeit der militärischen Ärztekommisionen an, 14.10.23, <https://tsn.ua/ato/mobilizaciyi-ne-uniknuti-v-minoboroni-ukrayini-anonsuvali-zmini-schodo-prizovu-ta-roboti-vlk-2429011.html>
- 35 Bericht des Menschenrechtsbeauftragten des Parlaments über die Einhaltung und den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte in der Ukraine im Jahr 2022, <https://ombudsman.gov.ua/report2022/en/>
- 36 <https://www.ifor.org/news/2022/7/5/ifor-addresses-the-un-human-rights-council-on-the-right-to-conscientious-objection-and-the-war-in-ukraine>
- 37 <https://www.ifor.org/news/2022/10/7/ifor-speaks-at-the-un-on-conscientious-objection-violations-and-peacebuilding-efforts-in-ukraine>
- 38 <https://www.ifor.org/news/2022/4/2/war-should-be-abolished-ifor-speaks-up-at-the-un-on-the-right-to-conscientious-objection-in-wartime>
- 39 Abschließende Beobachtungen des UN-Menschenrechtsausschusses zum Achten Periodischen Bericht der Ukraine vom 9. Februar 2022, URL: <https://digitallibrary.un.org/record/3957960?ln=en>



40 Felix Corley. UKRAINE: Kriegsdienstverweigerer jetzt im Gefängnis. Forum 18 (27. Februar 2023), [https://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=2813](https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2813)

41 Ukraine: Das Europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) besucht inhaftierten christlichen Kriegsdienstverweigerer Vitaly Alekseienko und fordert seine sofortige und bedingungslose Freilassung <https://ebco-beoc.org/node/560>

42 Glaube oder Verrat? Ukraine's Kriegsdienstverweigerer werden angefeindet, New York Times, <https://www.nytimes.com/2023/08/18/world/europe/ukraine-conscientious-objectors.html>

43 Ukraine: Vitaly Alekseienko ist ein Gewissensgefangener und sollte sofort und bedingungslos freigelassen werden, <https://ebco-beoc.org/node/553>

44 Oberster Gerichtshof der Ukraine entlässt einen Gewissensgefangenen: Kriegsdienstverweigerer Vitaly Alekseienko, <https://ebco-beoc.org/node/572>

45 Grund für die Rücksendung von Alexeienkos Verfassungsbeschwerde war, dass nur eine Kopie der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs und nicht alle Gerichtsentscheidungen in diesem Fall beigefügt waren. Dies ist in der Tat keine gesetzliche Vorschrift, sondern eine eigene Anforderung des zuständigen Beamten. Seine Entscheidung ist nicht anfechtbar. Generell ist das ein weiteres Indiz dafür, dass eine Verfassungsbeschwerde als Heilmittel bei Menschenrechtsverletzungen von fragwürdiger Wirksamkeit ist.

46 Glaube oder Verrat? Ukraine's Kriegsdienstverweigerer werden angefeindet, New York Times, <https://www.nytimes.com/2023/08/18/world/europe/ukraine-conscientious-objectors.html>

47 Felix Corley, "UKRAINE: Armee verwehrt Kriegsdienstverweigerer den Zugang zum Alternativdienst", Forum 18, 9. Mai 2023, [https://www.forum18.org/archive.php?article\\_id=2830](https://www.forum18.org/archive.php?article_id=2830)

48 Warum klagt die Ukraine den Pazifisten Yurii Sheliazhenko wegen "Rechtfertigung der russischen Aggression" an? Democracy Now, 10. August 2023, [https://www.democracynow.org/2023/8/10/yurii\\_sheliazhenko\\_charges](https://www.democracynow.org/2023/8/10/yurii_sheliazhenko_charges)

49 <https://www.ipb.org/peace-agenda-for-ukraine-and-the-world/>

50 Schlussfolgerung des Experten des ukrainischen Forschungsinstituts für Spezialausrüstung und forensische Untersuchungen des Sicherheitsdienstes der Ukraine Nr. 135/1 vom 24. Mai 2023.

51 Entscheidung des Solomianskyi-Bezirksgerichts in Kiew vom 5. Juli 2023.

52 Entscheidung des Solomianskyi-Bezirksgerichts in Kiew vom 25. Oktober 2023.

53 Entscheidung des Solomianskyi-Bezirksgerichts in Kiew vom 25. Oktober 2023.

54 Brief der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung an Matilda Bogner, Leiterin der UN-Menschenrechtsbeobachtungsmission in der Ukraine, Nr. 151 vom 9. November 2022

55 Protokolle vom 14.08.2023 und 11.09.2023 in der Ermittlungsakte, die der Verteidigung zur Verfügung gestellt wurden. Ermittler Novak hat diese Protokolle rechtswidrig erstellt, da er nicht um die Erlaubnis des Gerichts gebeten hat, vorübergehend beschlagnahmtes Eigentum, nämlich das Smartphone und den Computer, die am 03.08.2023 in der Wohnung von Yurii Sheliazhenko beschlagnahmt wurden, zu arrestieren und er es versäumt hat, sie innerhalb von 48 Stunden an den Eigentümer zurückzugeben, wie es Art. 171 (5) der Strafprozessordnung der Ukraine vorschreibt.

56 Schreiben des Sicherheitsdienstes der Ukraine an das Büro des Präsidenten der Ukraine Nr. 51/12-782/52/52

57 Schreiben des Vertreters des Ombudsmanns Oleksandr Kononenko an den Sicherheitsdienst der Ukraine vom 27.10.2022

58 Siehe Fußnote 5; Schreiben des Menschenrechtsbeauftragten des ukrainischen Parlaments Dmytro Lubinets vom 3. März 2023, <https://t.me/sheliazhenko/137>

59 <https://ssu.gov.ua/novyny/sbu-vykryla-shche-trokh-vorozhykh-ahitatoriv-odyn-iz-nykh-zaklykav-pidniaty-rosiiskyi-prapor-nad-khortytseiu>

60 <https://www.gp.gov.ua/ua/posts/vipravdovuvav-zbroinu-agresiyu-rf-povidomleno-pro-pidozru-tak-zvanomu-vikonavcomu-sekretaryu-ruxu-pacifistiv>

61 Pazifisten sind keine Feinde, und alle Feindbilder sind fiktiv, <https://worldbeyondwar.org/yurii-sheliazhenko-speaks-on-being-prosecuted-for-pacifism/>

62 Ukraine: Pazifismus ist in demokratischen Staaten kein Verbrechen! Lassen Sie die Anklage gegen Yurii Sheliazhenko fallen, War Resisters' International, <https://wri-irg.org/en/story/2023/ukraine-pacifism-not-crime-democratic-states-drop-charge-against-yurii-sheliazhenko>; Gerechtigkeit für Yurii Sheliazhenko, International Peace Bureau, <https://www.ipb.org/justice-for-yurii-sheliazhenko/>

63 Erklärung von Yurii Sheliazhenko während des zwischen den Sitzungen stattfindenden (intersessional) Workshops des UN-Menschenrechtsrats über bewährte Praktiken und jüngste Entwicklungen bei der Umsetzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung in Recht und Praxis, 31. Oktober 2023, <https://media.un.org/en/asset/k1w/k1w7olotft?kalturaStartTime=5505>

Ukrainian Pacifist Movement: Violations of human right to conscientious objection to military service in Ukraine: from 2022 to October 2023. 25. November 2023. Übersetzung deepL, Guido Grünwald und Franz Nadler